

Stellenabbau im ambulanten Sozialen Dienst der Justiz NRW – mehr Straftaten laut Kriminalstatistik: **Wie passt das zusammen, Herr Minister Dr. Limbach?**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Erlass des Ministeriums der Justiz sollen beim ambulanten Sozialen Dienst der Justiz (aSD) in NRW insgesamt 35 Planstellen A 9 und 5 Stellen LGr. 2.1 (S 15) abgebaut werden.

Die Situation des Landeshaushalts zwingt die Landesregierung zu Sparmaßnahmen, nachdem an anderer Stelle Gelder in unverhältnismäßigem Umfang ausgegeben wurden. Nun soll zulasten der Sicherheit gespart werden?

Seit Jahrzehnten wird über eine angemessene Belastung der Fachkräfte des aSD gestritten. In einer ebenfalls angespannten Finanzsituation hat die damalige Landesregierung bei einer geringeren Fallbelastung als heute in den Jahren 2000 bis 2002 insgesamt 75 neue Stellen geschaffen, weil die Lebenslagen der unterstellten Personen prekär waren und somit ein erhöhter Unterstützungsbedarf bei den

Proband:innen festgestellt wurde. Gut 20 Jahre später soll das nicht mehr gelten? Wir beobachten seit vielen Jahren eine Zunahme des Arbeitsumfanges für die einzelnen Klienten:innen. Die Aufgaben der Fachkräfte sind komplexer und herausfordernder geworden. Dazu kommt eine Zunahme der Kontrollaufgaben der Fachkräfte vor allem im Fachbereich Führungsaufsicht. Des Weiteren sind die Aufgaben in der Gerichtshilfe erweitert worden. Hier leistet der ambulante Soziale Dienst der Justiz wertvolle Opferarbeit. Um in diesen unterschiedlichen Arbeitsbereichen tätig zu sein, ist ein hohes Maß an Professionalität, Engagement und Wissen erforderlich.

Wir fordern die Politik auf, im Bereich der Resozialisierung und Opferschutz die Stellen zu erhalten, um weiterhin straffällige Menschen in die Gesellschaft integrieren zu können und so neue Straftaten zu verhindern und Opfer zu schützen.

Herr Minister, durch die Arbeit des aSD wird Geld eingespart, denn jeder Hafttag ist nicht nur teuer, sondern verursacht weitere Folgekosten.

Landesvorstand DJG NRW

#meine
wahl '24

Personalratswahlen 2024: Starke Partner vom Fach. Die Justizgewerkschaften NRW.



LISA MARIE SCHMIDT
ASD HAMM



ALEXANDRA
BALDERMANN
ASD MÜLHEIM/RUHR



MORITZ FIGGER
ASD UNNA



EIKE TOBIAS KUNZE
ASD GREVENBROICH



TIZIA WORTMANN
ASD EUSKIRCHEN



DANA KÖNIG
ASD KÖLN

Am 6.6.24 **LISTE 2 wählen** oder jetzt schon Briefwahl beantragen: ogy.de/briefwahl

Kennwort für die Gruppe der Beamt:innen: diejustizgewerkschaftennrw

Kennwort für die Gruppe der Arbeitnehmer:innen: Deutsche Justiz-Gewerkschaft

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
Mitglied im dbb beamtenbund
und tarifunion

Geschäftsstelle
Freithof 22
41460 Neuss
Landesvorsitzender:
Klaus Plattes

Antrag auf Übersendung von Briefwahlunterlagen für die Personalratswahl 2024



<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum	Dienststelle (Amt)

<input type="text"/>
Wohnanschrift

<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ	Wohnort

<input type="checkbox"/> Beamtin / Beamter	<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte / Tarifbeschäftigter
--------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------

An den Wahlvorstand

<input type="text"/>
<input type="text"/>
<input type="text"/>

Ich möchte von der Briefwahlmöglichkeit Gebrauch machen (§16 Wahlordnung). Deshalb bitte ich, mir die für eine schriftliche Stimmabgabe erforderlichen Unterlagen auszuhändigen oder zu übersenden.

Außerdem bitte ich, den Briefwahlunterlagen einen Ausdruck des Wahlausschreibens und des Wahlvorschlags beizufügen:

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
-----------------------------	-------------------------------

Die Briefwahlunterlagen sollen versandt werden

- an meine Dienststelle
- an meine Wohnanschrift
- an folgende Anschrift:

<input type="text"/>
<input type="text"/>
<input type="text"/>

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ort und Datum	Unterschrift

FORMULAR JETZT
DRUCKEN

Vermerke

<input type="text"/> Eingegangen	<input type="text"/> Lfd. Nummer	<input type="text"/> Sperrvermerk „BW“ im Wählerverzeichnis eingetragen	<input type="text"/> Unterlagen abgesendet am:
-------------------------------------	-------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------